

Israel – zur Unkenntlichkeit verändert?

In der europäischen Diaspora ist Israel ein Teil der jüdischen Identität. Doch die neue Regierung ist die rechtste und religiöseste in der Geschichte des Landes. Bleibt es ein Leuchtturm, ein sicherer Hafen für alle Opfer von Antisemitismus?

Bini Guttman

Für uns als Juden und Jüdinnen in der Diaspora war Israel niemals nur ein weiteres spannungsgeladenes Land im Nahen Osten mit schönem Wetter und dem besten Essen. Für viele von uns war Israel der erste Ort, an dem wir unser Judentum, einen zentralen Teil unserer Identität, frei leben konnten: ohne Angst vor Antisemitismus und als selbstverständlicher Teil der Gesellschaft.

Das ist kein Zufall, denn Israel wurde als Heimat für alle Juden und Jüdinnen gegründet. Genau deshalb bin auch ich Zionist. Mit meinem Aktivismus stelle ich mich seit Jahren den Feindinnen und Feinden Israels entgegen. Denn wie für drei Viertel aller jungen Juden und Jüdinnen in der EU nimmt Israel eine zentrale Rolle in meiner jüdischen Identität ein.

Fatale Konsequenzen

Doch ich wurde auch Zionist, gerade weil Israel nicht nur ein jüdischer Staat ist. Israel ist ein demokratischer Staat, gegründet aus der Asche der Shoah, auf der „völligen Gleichheit der sozialen und politischen Rechte aller Einwohner, ungeachtet ihrer Religion, ihrer Ethnie oder ihres Geschlechts“. So wurde Israel zu einem – zweifelsfrei nicht perfekten – humanistischen Leuchtturm in einer stürmischen Region. Doch genau dieses Israel droht nun für immer zu verschwinden. Mit fatalen Konsequenzen für Palästinenserinnen und Palästinenser, Frauen und Minderheiten in Israel und uns, als Juden und Jüdinnen in der Diaspora.

Unlängst wurde die rechtste und religiöseste Regierung der israelischen Geschichte angelobt. Die neue Koalition, angeführt vom rechtskonservativen Likud Benjamin Netanjahus, gemeinsam mit zwei ultraorthodoxen Parteien und dem rechtsextremen Wahlbündnis „Religiöser Zionismus“ hat buchstäblich ein Gruselkabinett gegründet.

Das ist Bezalel Smotrich, der 2005 für drei Wochen wegen Terrorverdachts in Haft war, sich für die Trennung von jüdischen und arabischen Müttern in Entbindungsstationen aussprach und sich für die vollständige Annexion der Westbank einsetzt. Er ist nicht nur neuer Finanzminister, sondern mit einer neu geschaffenen Rolle im Verteidigungsministerium zusätzlich de facto Premierminister der besetzten Gebiete. Noch radikaler ist der Kahanist Itamar Ben-Gvir, der als neuer Minister für Nationale Sicherheit – anders als seine Vorgänger – das operative Vorgehen der Polizei und der Grenzpolizei in der Westbank bestimmen kann. Er wurde wegen rassistischer Hetze und Terrorunterstützung verurteilt, war der Armee einst zu radikal und kann ethnischen Säuberungen etwas abgewinnen. Dritter im Bunde ist Avi Maoz von der homosexuellenfeindlichen und rassistischen Noam-Partei. Er ist in einem neu geschaffenen Vizeministerposten für Curricula an Schulen verantwortlich und fordert das Verbot von Pride-Paraden, die Legalisierung so-

genannter Konversionstherapien und zunehmende Geschlechtertrennung im öffentlichen Raum.

Das Koalitionsprogramm zeigt, dass Israel bis zur Unkenntlichkeit verändert werden soll. Zentral ist dabei, die unabhängige Justiz auszuhebeln. Das Parlament soll mit

„Die neue Koalition hat buchstäblich ein Gruselkabinett gegründet.“

einfacher Mehrheit das Oberste Gericht überstimmen können, das Gericht selbst soll politisch besetzt werden. Doch damit nicht genug. Die neue Regierung will die Todesstrafe für Terroristen einführen, angeblich ist auch eine Annexion der Westbank bereits beschlossene Sa-



Foto: Reuters / Amir Cohen

Tausende Menschen protestierten am Wochenende in Tel Aviv gegen seine Regierung: Benjamin Netanjahu ist zum sechsten Mal Premier, diesmal stützt ihn ein extrem rechtes Bündnis.

die israelische Demokratie. Hauptzweck des Bündnisses ist für ihn die Verabschiedung eines Gesetzes, das ihm Immunität vor seinen diversen Anklagen wegen Korruption sichert.

Um weiterer strafrechtlicher Verfolgung zu entgehen, ist Netanjahu nicht nur bereit, die rechtsstaatliche Demokratie über Bord zu werfen, sondern auch die Raison d’Être Israels. Nach mehr als 2000 Jahren Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung gab es mit der Staatsgründung Israels erstmals einen Zufluchtsort für alle als jüdisch verfolgten Menschen weltweit. Derzeit dürfen alle, die zumindest ein jüdisches Großelternstück haben – also alle, die von den Nazis als jüdisch verfolgt wurden –, einwandern. In ihrem Streben nach ethnischer „Reinheit“ wollen Smotrich und Ben-Gvir das ändern. So, dass nur noch jene, die nach den orthodoxen Religionsgesetzen jüdisch sind, einwandern dürfen. Auch nichtorthodoxe Konversionen wollen sie nicht mehr anerkennen. Dabei ist die Mehrheit der jüdischen Menschen in der Diaspora nicht orthodox. Passiert dies, verliert Israel seinen Existenzzweck als sicherer Hafen für alle Opfer von Antisemitismus. Eine katastrophale und potenziell lebensbedrohliche Entscheidung für uns.

Moderne Wunder

Die Gründung und Entwicklung Israels in den letzten 75 Jahren ist voller überkommener Unwägbarkeiten und gespickt mit modernen Wundern. Insofern besteht vielleicht noch Hoffnung für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Andernfalls droht das Israel, mit dem wir uns identifiziert haben, verloren zu gehen und das Licht im Leuchtturm für immer zu erlöschen.

BINI GUTTMANN ist Mitglied des Exekutivrats des World Jewish Congress und ehemaliger Präsident der Europäischen Union Jüdischer Studierender (EJUS).

Bini Guttman stellt durchaus berechtigt die Frage, ob die neue israelische Regierung den Charakter des Staates Israel radikal verändern wird. Betrachtet man das Koalitionsübereinkommen der aktuellen Regierung ist diese Frage mehr als berechtigt. Dennoch sei mir erlaubt, eine auch von Guttman in seinem Kommentar zitierte Lebenslüge des demokratischen Leuchtturmes Israel zu dekonstruieren. Wenn er also von einem Staat der "völligen Gleichheit der sozialen und politischen Rechte aller Einwohner, ungeachtet ihrer Religion, ihrer Ethnie oder ihres Geschlechts" schreibt, kann ich leider nicht umhin, ihn zu fragen, von welchem Staat er da schreibt. Der 1948 gegründete und dann 1967 erweiterte kann es jedenfalls nicht sein. 1948 wurden mehr als zwei Drittel der indigenen palästinensischen Bevölkerung vertrieben (manche - wie z.B. Ilan Pape - bezeichnen das als "ethnische Säuberung"), ihre Rückkehr wurde verboten und ihr Eigentum entweder vernichtet oder beschlagnahmt. Und seit damals existiert in Israel ein ausgeklügeltes System der - nach Religion und Ethnie - unterschiedlichen Behandlung der Bewohner. Dieses System wurde nach 1967, als Gebiete, die nahezu ausschließlich von Nicht-Juden bewohnt waren, erobert und teilweise annektiert worden sind, weiter ausgebaut und vertieft. Soweit, dass selbst Organisationen wie Amnesty International Israel als Apartheidstaat qualifizieren.

Ich habe durchaus Verständnis und Sympathie für das Entsetzen von Israelis wie Bini Guttman, die Zukunft wird auch für Ihresgleichen schrecklich werden. Die Machtübernahme der korrupten, rassistischen und faschistoiden Teile der israelischen Bevölkerung könnte für den Rest der israelischen Bevölkerung aber durchaus ein geeigneter Zeitpunkt sein, sich mit den Mythen und Lebenslügen der vergangenen 75 Jahre auseinanderzusetzen. Wenn das gelingt, würde das Schlechte vielleicht sogar noch einen guten Zweck erfüllen.

Fritz Edlinger